WP-4-309 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: LAG Migration & Flucht
Beschlussdatum: 14.01.2026

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 309 einfügen:

Landesamt für Einwanderung – Eine moderne Willkommensbehörde für Berlin

Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist für rund 700.000 Berliner*innen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit – und damit für fast 20 % der Stadtbevölkerung – von zentraler Bedeutung. 2025 haben über 500.000 Menschen beim LEA vorgesprochen, um Entscheidungen zu erhalten, die über Arbeit, Studium, Familienleben und soziale Sicherheit bestimmen.

Berliner*innen sollen auch ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft Zugang zu Schutz, Wohnraum, Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung erhalten. Verzögerte Verfahren können zum Verlust des Jobs oder sogar der Wohnung führen. Intransparente Abläufe und schwerer Zugang schwächen das Vertrauen und die lange Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft belasten viele Berliner*innen.
Für uns steht fest, dass Berlin und seine Einwohner*innen als Weltstadt eine moderne Einwanderungsbehörde auf Weltstadtniveau verdienen – und dass Berlin dieses Ziel auch erreichen kann. Wir begrüßen Ansätze wie die Personalaufstockung und die voranschreitende Digitalisierung.

Wir wollen das LEA zu einer offenen, verlässlichen und respektvollen Behörde weiterentwickeln, die transparent arbeitet, zügig entscheidet und für die Berliner*innen gut erreichbar ist. Ein solches LEA soll Vertrauen schaffen, Teilhabe ermöglichen und Verlässlichkeit bieten – auch für Berlin als Wirtschaftsstandort, der auf Einwanderung angewiesen ist und für unsere Hochschulen und Universitäten. Zugleich soll das LEA ein Arbeitsumfeld bieten, in dem Beschäftigte gerne und unter guten Bedingungen tätig sein können.

Dazu gehören kürzere Warte- und Bearbeitungszeiten, eine serviceorientierte Verwaltungskultur, ausreichendes Personal, konsequente Weiterführung der Digitalisierung sowie mehrsprachige und unabhängige Beratungsangebote. Das Personal des LEA soll auf allen Ebenen die Vielfalt Berlins widerspiegeln und in Antidiskriminierung, Diversity und Partizipation geschult sein, damit ein vielfältiges Team unterschiedliche Perspektiven einbringt und das Vertrauen der Bürger*innen stärkt. Über den Bundesrat wollen wir uns dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Erteilungsprozesse entbürokratisiert und beschleunigt werden können.

Begründung

Das LEA trifft wesentliche Entscheidungen über essentielle Fragen des Lebens von 700.000 Berliner*innen. (Berechnung nach https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/bevoelkerung/demografie/bevoelkerungsstand, Zahl der Berliner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit abzüglich der Berliner*innen mit EU-Staatsangehörigkeit), knapp eine halbe Million Menschen wurden allein 2024 beim LEA vorstellig (siehe Statistik https://www.berlin.de/einwanderung/ueber-uns/presse/), 2025 sind es nach Angaben des Behördenleiters über 500.000 (siehe https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/11/lea-berlin-landeseinwanderungsamt-termine-terminvergabe-migrationsrat.html). Das macht das LEA zu der entscheidenden Behörde für fast 20% der Berliner*innen.

Die Entscheidungen betreffen zentrale Lebensbereiche der betroffenen Berliner*innen: die Möglichkeit zu arbeiten, zu studieren, mit der Familie zusammenzuwohnen sowie den Zugang zu Leistungen, Gesundheitsversorgung und Wohnraum.

Seit Jahren wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass der Zugang und die Bearbeitungszeiten die Funktionalität der Behörde infrage stellen, siehe hierzu etwa das Policy Paper des Migrationsrats Berlin aus dem November 2025: https://www.migrationsrat.de/policy-paper-fehlende-erreichbarkeit-des-landesamts-fuer-einwanderung-lea/

Selbst der Leiter des LEA bezeichnete die Behörde als am Rande der Dysfunktionalität stehend, siehe hierzu https://www.tagesspiegel.de/berlin/wir-sind-an-der-grenze-zur-dysfunktionalitat-hilferuf-aus-deutschlands-grosster-auslanderbehorde-in-berlin-9982288.html und beschreibt im November 2025 die Terminvergabe oft als überlastet und spricht von einer "tendenziellen Überlastung", die mit "längeren Wartezeiten bei Terminanfragen in Einzelfällen" einhergehe und vor allem zu Semesterbeginn Studierende und Fachkräfte treffe. https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/11/lea-berlin-landeseinwanderungsamt-termine-terminvergabe-migrationsrat.html